

Antrag

der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

- I. zu berichten,
 1. wie hoch der Umsatz in der Gastronomie in den Jahren 2014, 2019 und 2024 in Baden-Württemberg war;
 2. wie sich diese Entwicklung real, d. h. unter Berücksichtigung der Inflation, darstellt;
 3. wie hoch die Beschäftigtenzahl in der Gastronomie in den Jahren 2014, 2019 und 2024 in Baden-Württemberg war (bitte differenziert für Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte [SvB] und Geringfügig Beschäftigte [GeB] angeben);
 4. wie viele Betriebe es in der Gastronomie in den Jahren 2014, 2019 und 2024 in Baden-Württemberg gab;
 5. wie hoch die Steueraufkommen in den Jahren 2014, 2019 und 2024 durch die Gastronomie in Baden-Württemberg waren (bitte differenziert für die Empfänger Bund, Land und Kommunen angeben);
 6. wie sie die Ankündigung der neuen Bundesregierung mit Blick auf Baden-Württemberg bewertet, die Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie auf sieben Prozent absenken zu wollen;
 7. wie sie sich dazu in einer Abstimmung im Bundesrat voraussichtlich verhalten wird;
 8. wie groß die Steuermindereinnahmen aufgrund einer abgesenkten Umsatzsteuer auf sieben Prozent für Baden-Württemberg voraussichtlich wären (unter der Annahme, dass der Sektor sich wirtschaftlich unverändert entwickelt);
 9. inwiefern sie davon ausgeht, dass durch einen wirtschaftlichen Impuls aufgrund der abgesenkten Umsatzsteuer (mehr Umsätze, weniger Konkurse, mehr Beschäftigte, etc.) die Steuermindereinnahmen kompensiert werden können;
- II. bei einer möglichen Abstimmung im Bundesrat zu einer Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie diese Absenkung vorbehaltlos zu unterstützen.

14.5.2025

Dr. Rülke, Dr. Schweickert, Bonath, Brauer, Goll, Haag, Haußmann, Heitlinger, Hoher, Dr. Jung, Karrais,
Dr. Kern, Reith, Scheerer, Weinmann FDP/DVP

Begründung

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist angekündigt, die Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie auf sieben Prozent absenken zu wollen. Der Antrag erkundigt sich nach der Haltung der Landesregierung dazu sowie ihrem Abstimmungsverhalten im Bundesrat. Des Weiteren soll die wirtschaftliche Entwicklung der Branche in Erfahrung gebracht werden.